



taz.die tageszeitung

AUSGABE BERLIN | NR. 11090 | 32. WOCHE | 38. JAHRGANG

MONTAG, 8. AUGUST 2016 | WWW.TAZ.DE

€ 2,10 AUSLAND | € 1,60 DEUTSCHLAND

HEUTE IN DER TAZ



BÜRGERMEISTER Boris Palmer, grüner OB von Tübingen, will kriminelle Flüchtlinge nach Syrien abschieben ▶ SEITE 5, 10

HOCHSTAPLER Gert Postel über einen Krankenpfleger, der sich als Arzt ausgab ▶ SEITE 11

KANDIDATEN Berlin hat Alternativen: Beim Kampf ums Rote Rathaus liegen vier Parteien fast gleichauf ▶ SEITE 21

Foto: dpa

VERBOTEN

Guten Tag,
liebe MiteuropäerInnen!

verboten hegt eine alte Vorliebe für Protestparteien. Und das schon seit jenen lange vergangenen Zeiten, als die Grünen noch gegen „etablierte“ Parteien protestieren; später spielten die Piraten hier öfter mal eine Rolle; und natürlich kriegt auch die AfD regelmäßig ihr Fett ab. Noch nie aber war verboten derart faszinierend von einer Partei wie von Ukip. Die steht nach dem gewonnenen Brexit-Referendum und dem Abgang von Obermont Nigel Farage vor dem Aus. Was zwangsläufig die Frage nach sich zieht: Müssen wir echt aus Europa austreten, um unsere

Nationalisten loszuwerden?

TAZ MUSS SEIN

Die tageszeitung wird ermöglicht durch 16.152 GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter genu@taz.de oder 030 | 25 90 22 13
AboService: 030 | 25 90 25 90 fax 030 | 25 90 26 80 abosmail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 90 22 38 fax 030 | 251 06 94 anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: 030 | 25 90 22 22 tazShop: 030 | 25 90 21 38 Redaktion: 030 | 259 02 00 fax 030 | 251 51 30, briefe@taz.de
taz.die tageszeitung
Postfach 610229, 10923 Berlin
taz.im/Internet www.taz.de
twitter.com/tazgezwitscher
facebook.com/taz.kommune

Gedenken von unten

NS-OPFER Der Stadtrat von München will keine Stolpersteine auf den Gehwegen der bayerischen Landeshauptstadt. Deswegen verlegen Bürger die kleinen Denkmäler jetzt auf Privatboden ▶ SEITE 3



31 „Stolpersteine“ zieren heute die Münchner Gehwege. In Berlin sind es knapp 7.000 Foto: Sven Hoppe/dpa

Kämpfe nach Sieg der Rebellen

SYRIEN Der Belagerungsring der Regierungstruppen ist durchbrochen

BEIRUT rtr | Die Rebellen in Syrien haben am Wochenende im Kampf um die Großstadt Aleppo und um das strategisch wichtige Manbisches Erfolge vermeldet. In Aleppo sei es ihnen gelungen, einen Sperrgürtel der Regierungstruppen zu durchbrechen und so in den von Aufständischen kontrollierten Osten

der Metropole vorzudringen. Die oppositionsnahe Beobachterstelle für Menschenrechte bestätigte dies.

Für die in Aleppo eingeschlossenen Zivilisten zeichnete sich zunächst keine Erleichterung ab. Die Beobachterstelle teilte mit, wegen heftiger Kämpfe und Luftangriffen sei es bis-

lang nicht gelungen, einen sicheren Korridor zwischen den Rebellengebieten einzurichten. Nordöstlich von Aleppo, in Manbisches, stehen von den USA unterstützte Rebellen nach eigenen Angaben kurz davor, die Stadt von der schiitischen IS-Miliz zurückzuerobern. ▶ Ausland SEITE 8

Öko versus Gesetz

GELD Nachhaltiges Anlegen mit Hindernissen

BERLIN taz | Das Land Berlin will neue Standards setzen, was das ökologische Geldanlegen angeht. Der Senat hat die Entwicklung eines Ökoindexes ausgeschrieben, mit dem Kommunen verhindern könnten, dass öffentliche Gelder etwa in fossilen Energien oder in der Waffenproduktion landet. Umwelt-

schützer hoffen nun, dass der Ökoindex zum bundesweiten Vorbild für die Anlagepolitik der öffentlichen Hand wird.

Doch das könnte schwierig werden. Denn Städte und Gemeinden stehen unter Aufsicht der Länder, die streng auf die Sicherheit des Kapitals achten. ▶ Wirtschaft + Umwelt SEITE 7

KOMMENTAR VON RALF LEONHARD ÜBER DIE ÖSTERREICHISCHEN FORDERUNGEN NACH EINEM ENDE DER EU-BEITRITSVERHANDLUNGEN MIT DER TÜRKEI

Schelte mit Hintergedanken

Wenn Österreichs Kanzler Christian Kern (SPÖ) den Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei fordert, dann spricht er lediglich aus, was in der EU viele denken: Mit einem autoritären-islamistischen Staat wird man schwerlich handelseinig werden. Noch ist die Aufnahme der jüngsten 13 Mitglieder nicht verdaut. Ein Koloss mit einem ethnischen Konflikt im wenig entwickelten Osten und Tendenzen zum islamischen Gottesaat würde die Union in jeder Hinsicht überfordern.

Wenn der türkische Präsident Erdogan nicht so wichtig für das Flüchtlingsmanagement wäre, würde auch Brüssel deutlicher auftreten. Doch die EU folgt

den Regeln der Diplomatie. De facto liegen die Gespräche allerdings schon lange auf Eis. Die Türkei bewegt sich eher von Europa weg. Und Erdogan macht den Eindruck, als wolle er sein Land nur in die EU führen, um diese zu zerstören.

Kerns provokante Ansage ist aber in erster Linie innenpolitisch motiviert. Der Kanzler, der aus der staatsnahen Wirtschaft kommt, ist zwar noch neu im politischen Geschäft. Doch weiß auch er, dass die EU nicht so einfach einen vor fünf Jahrzehnten eingeleiteten Prozess abwürgen kann. Die erwartbare Schelte aus Brüssel nimmt er aber gern in Kauf, wenn ihm zu Hause Applaus sicher ist.

Auf die Frage der einflussreichen Kro-

nen Zeitung, ob die Regierungslinie gegenüber der Türkei zu hart sei, haben in einer Online-Abstimmung 97,8 Prozent mit Nein geantwortet.

Am 2. Oktober wird in Österreich die Stichwahl um das Bundespräsidentenamt wiederholt. Die SPÖ ist zwar nicht mehr direkt beteiligt. Doch ob sich, wie in der vom Verfassungsgericht aufgehobenen Wahl vom 22. Mai, der Grüne Ale-

xander Van der Bellen durchsetzt oder der damals knapp geschlagene Freiheitliche Norbert Hofer, ist für die Regierung alles andere als egal. FPO-Chef Heinz-Christian Strache protzt mit Umfragewerten um die 35 Prozent schon seit Monaten mit dem bevorstehenden Wahlsieg. Und Straches Mann in der Hofburg würde eine Machtübernahme der Rechten noch beschleunigen.

Der Vorstoß des Kanzlers wird in Österreich als Rechtsruck gedeutet. Viel eher aber sollte man ihn als den Versuch verstehen, das heikle Thema der Abgrenzung zu Ankara nicht allein den Rechtspopulisten zu überlassen. ▶ Der Tag SEITE 2

Erdogan macht den Eindruck, als wolle er nur in die EU, um sie zu zerstören

